GENDER OPEN REPOSITORIUM

‚LGBT-freie Zonen' und der Weg zur Institutionalisierung von Homophobie in Polen

Ramme, Jennifer

2020

https://doi.org/10.25595/3713

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ramme, Jennifer: *‚LGBT-freie Zonen' und der Weg zur Institutionalisierung von Homophobie in Polen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 29 (2020) Nr: 2, 90–99. DOI: https://doi.org/10.25595/3713.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

FORUM

‚LGBT-freie Zonen' und der Weg zur Institutionalisierung von Homophobie in Polen

JENNIFER RAMME

Informationen über sogenannte ‚LGBT-freie Zonen'[1] in Polen lösten 2019 ein gewaltiges Medienecho und eine internationale Welle der Empörung aus. Mit dem Begriff sind Beschlüsse von bis zu 97 Lokal- und Regionalregierungen (Gemeinden, Landkreisen und Wojewodschaften) gemeint, die meist entweder unter dem Titel ‚Resolution gegen LGBT-Ideologie' (‚Resolucja przeciw ideologii LGBT') oder als ‚Regionale Familienrechtscharta' (‚Samorządowa Karta Praw Rodzin') verabschiedet wurden. Mittlerweile (Juli 2020) betreffen dementsprechende Beschlüsse Bewohner_innen von über einem Drittel des Landes (Pająk/Gawron 2020).
Dieser Beitrag zeigt den politischen Kontext dieser Beschlüsse auf und analysiert den jüngsten Konfliktverlauf (2019-2020) – inklusive der Präsidentschaftswahlen von Juli 2020. Erklärt werden soll, warum in so vielen Regionen und Ortschaften Polens Deklarationen verfasst wurden, die sich gegen eine vermeintliche ‚LGBT-Ideologie' richten, und weshalb LGBTQ* zum Gegenstand der Auseinandersetzung wurde. Zudem wird gefragt, inwiefern heutige politische Dynamiken auf längerfristigen Konfliktverläufen und länger zurückliegenden Ereignissen beruhen. Die diskursanalytische Betrachtung der Argumentationsweisen, mit denen zwischen 2019 und 2020 die LGBTQ*-feindlichen Beschlüsse begründet wurden, erfolgt anhand einer umfangreichen Analyse öffentlich zugänglicher Beschlusstexte, offizieller Stellungnahmen, Medieninterviews, Videoaufzeichnungen von Debatten und Pressekonferenzen sowie Webseiten der involvierten Konfliktparteien.

Konfliktverlauf und Inhalte der LGBTQ*-feindlichen Beschlüsse

Insgesamt wurden seit März 2019 54 Anti-LGBT-Resolutionen, 38 Familienrechtscharta und neun Resolutionen durch regionale Parlamente beschlossen (Stand Juli 2020 – Pająk/Gawron 2020). Eine LGBT-freie Zone wird in den Beschlüssen und Resolutionen als solche nicht benannt, und in den Versammlungen der Regionalregierungen wurde gleichzeitig immer wieder betont, die Beschlüsse würden sich nur gegen eine ‚Ideologie', nicht jedoch gegen LGBT-Menschen selbst richten. Dennoch wird in diesem Beitrag von der Einrichtung von ‚LGBT-freien Zonen' gesprochen, mit der als Überbegriff die Beschlussfassungen beschrieben werden. Aus verschiedenen Aussagen, in denen die Notwendigkeit der Beschlüsse vor den Abstimmungen begründet wurden, geht hervor, dass die Beschlüsse darauf abzielen, nicht-heteronormative Inhalte (z.B. sexuelle Aufklärung in Schulen), Schutz vor Diskriminie-

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.08

rung, die LGBTQ* Sichtbarkeit und Teilnahme am öffentlichem Leben inklusive des Versammlungsrechts (z.B. LGBTQ*-Proteste) oder der Meinungsfreiheit und somit die Grundrechte von LGBTQ*-Personen maßgeblich einzuschränken.
Während in den Anti-LGBT-Resolutionen über eine ‚Verteidigung' von Kindern, Unternehmen und der öffentlichen Moral vor einer ‚LGBT-Ideologie' und ‚Homopropaganda' gesprochen wird, handelt es sich bei der Familienrechtscharta der Nichtregierungsorganisation (NGO) Ordo Iuris um einen in juristischer Terminologie verfassten Text, in dem LGBTQ*-feindliche Inhalte verschlüsselt über einen vermeintlichen Familienschutz verbreitet werden. Im Rahmen der ‚Regionalen Familienrechts-Chartas' versprechen die Lokalregierungen ‚Familienautonomie', ‚Familienidentität' sowie Kinder vor einer ‚Demoralisierung' zu schützen. Sie verpflichten sich damit, Entscheidungen im Sinne eines ‚Family Mainstreaming' zu treffen und dementsprechende Gesetze zu verabschieden (Ordo Iuris 2019). Der Beschlusstext der Familienrechtscharta enthält detaillierte Handlungsanweisungen, die sich insbesondere auf den Bildungsbereich, die Zusammenarbeit mit NGOs und die Vergabe von finanziellen Mitteln beziehen. Trotz der weniger offensiven Wortwahl geht die Charta weit über die Anti-LGBT-Resolutionen hinaus, und die familistische Ausrichtung der Charta (Verweise auf ‚Familienautonomie' u.ä.) lässt vermuten, dass diese auch auf Einschränkungen des Schutzes vor Gewalt in Familien und von reproduktiven Rechten abzielt.
Die hierbei federführende NGO Ordo Iuris ging aus dem internationalen Netzwerk Tradition Familie Privateigentum (TFP) hervor und betreibt diesbezüglich Lobbyarbeit und organisiert beispielsweise Treffen mit regionalen Politiker_innen. Die vermeintlich nötige Einführung von Anti-LGBT- und Familienrechts-Beschlüssen wird vor allem mit der Warschauer ‚LGBT+Charta' begründet. Zusammen mit anderen LGBTQ*-NGOs hatte „Miłość Nie Wyklucza" (Liebe schließt nicht aus) das Konzept dieser LGBT+Charta entwickelt, um die Situation von LGBTQ*-Personen zumindest auf lokaler Ebene zu verbessern. Die Warschauer Charta beinhaltet Versprechungen wie u.a. ein offizielles Patronat der LGBTQ*-Parade, die Einrichtung einer LGBTQ*-Ombudsstelle, die Einführung sexueller Aufklärung an Schulen nach WHO-Standards und Beratungsangebote für LGBTQ*-Jugendliche in Bildungseinrichtungen sowie die Unterstützung für Betroffene von LGBTQ*-phober Gewalt und Diskriminierung (Miłość Nie Wyklucza o.J.). Nachdem der Bürgermeister Warschaus, Rafał Trzaskowski, im Februar 2019 die Deklaration nach langen Verhandlungen unterschrieben hatte, kam es zu massiven Protesten von Akteuren des radikal rechten und christlich fundamentalistischen Spektrums. Auf der Parteiversammlung der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) vom 9. März 2019 kritisierte auch ihr Vorsitzender Jarosław Kaczyński die Warschauer LGBT+ Charta und stellte die Behauptung auf, den Initiatoren gehe es um einen Angriff auf Kinder, ihre Frühsexualisierung (u.a. mit Hilfe der WHO), die Einführung der Homoehe und der geplanten Erlaubnis für homosexuelle Paare, Kinder zu adoptieren. Er wetterte dabei insbesondere gegen den Vizebürgermeister Warschaus,

Paweł Rabiej, der an der Ausarbeitung der Charta beteiligt war (Dziennik Zachodni 2019). Im Rahmen einer breiteren Kampagne ‚Regionalregierungen frei von LGBT' (Samorząd wolny od ideologii LGBT) verabschiedete der Landkreis von Świdnik am 26. März 2019 als erster in Polen einen Beschluss, mit dem ein ganzer Landkreis als ‚Frei von der LGBT-Ideologie' deklariert wurde. Solche Initiativen werden von der PiS auf lokaler und nationaler Ebene unterstützt. Präsident Andrzej Duda ließ 2020 verlauten: „Es wird uns eingeredet, liebe Herrschaften, dass dies Menschen sind. Dabei handelt es sich um eine Ideologie" (Duda, zit. n. Gwiazda 2020). Mit der Begründung, LGBTQ als zusammenhängende Ideologie existiere nicht und die Resolutionen würden sich gegen Menschen richten, erklärten zwischenzeitlich (Juli 2020) Gerichte zwei der Beschlüsse für rechtswidrig.

Lokale Inhalte, grenzüberschreitende Diskurse

In der Politik und Haltung gegenüber LGBTQ* zeigen sich auffällige regionale Unterschiede. Die meisten LGBTQ*-feindlichen Beschlüsse wurden im Südosten des Landes und in ländlichen Regionen oder kleinen Ortschaften in eher konservativen Landesteilen gefasst. Regionale Hauptstädte und Städte und Gemeinden mittlerer Größe hingegen lehnten die Beschlüsse meist ab. Diese Unterschiede lassen sich auch auf andere gesellschaftliche Spaltungslinien übertragen. Ortschaften, in denen LGBTQ*-feindliche Beschlüsse gefasst wurden, werden meist von der PiS oder anderen rechten und national-katholisch orientierten Politiker_innen regiert. Auch ist die Rolle der Kirche in den betroffenen Gebieten stark. In den Großstädten regiert hingegen meist eine liberale Opposition.
Ein wichtiges Argumentationsmuster in den Debatten zu den Beschlusstexten ist die Dichotomie zwischen einem ‚demoralisierten Westen' und einem Polen, welches für christliche Traditionen und Werte steht. Dies ist ein altbekanntes Kernargument rechter Sexualpolitik in Polen (z.B. Keinz 2008). Während der Debatte um einen Familienrechtscharta-Beschluss auf der Versammlung der Wojewodschaftsbehörde von Lublin am 23. April 2019 verkündete der Wojewode Przemysław Czarnek (PiS): „Die LGBT-Ideologie ist ein augenfälliges Beispiel für den Einmarsch der kulturellen und sexuellen Revolution in polnische Höfe, polnische Schulen, polnische Familien, in Polen insgesamt. Dem muss man sich mit aller Kraft entgegensetzen, wenn wir keinen Zustand moralischer Zersetzung möchten, der Teil der Menschen der westlichen Welt, des westlichen Europas ist" (Czarnek, zit. n. Portal Samorządowy 2019, Übers. JR). Zusammen mit dem Vorsitzenden von Ordo Iuris, Jerzy Kwaśniewski, war Czarnek maßgeblich an der erfolgreichen regionalen Lobbyarbeit für die Familienrechtschartas beteiligt.
Aus der Analyse der Beschlusstexte und den Videoaufzeichnungen von Gremien-Debatten verschiedener Lokalregierungen geht hervor, dass als Legitimationsgrundlage meist der ‚Selbstschutz' und die dringende Abwehr einer ‚Gefahr' herangeführt wurde, die den Kindern, der Familie, Nation und christlichen Zivilisation drohe. Die

Argumentationslinien ähneln jenen in rechten, katholischen und öffentlichen Medien sowie in Regierungskreisen. So werden LGBT und Gender als totalitäre Ideologien gerahmt, mit Ursprung im Marxismus (oder auch ‚Neo/Bolschewismus', ‚Judeo-Marxismus' usw.), und werden als Versuche einer Minderheit, die Mehrheit zu unterdrücken, re-interpretiert. Hinter der Verbreitung von LGBT- und Gender-‚Ideologien' stehe, so die Annahme, eine mächtige internationale Lobby (‚Homolobby', ‚Velvet Mafia'), und deren Verfechter_innen hätten es insbesondere auf Kinder abgesehen, welche sie demoralisieren, umerziehen, sexualisieren und missbrauchen wollen. Im Westen sei dieser Prozess schon stark vorangeschritten, und die EU und WHO seien Handlanger eines ideologischen ‚Vernichtungskrieges'.[2]
Die Entwicklungen in Polen spiegeln einen Trend wider, der auch in anderen Ländern Europas zu beobachten ist. Russland nimmt mit der 2006 eingeführten Gesetzgebung gegen ‚Homopropaganda' diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein. Ähnliche Gesetzgebungen werden aber auch in anderen Ländern, insbesondere den ehemaligen staatssozialistischen Staaten diskutiert. Viele Narrative, wie die der ‚Homopropaganda', ‚Homolobby', ‚Kolonisierung' oder ‚Fremdherrschaft' sowie einer Gefährdung der Familie, der Nation oder gar Zivilisation sind auch in Diskursen rechter Akteur_innen außerhalb Polens zu finden (Korolczuk/Graff 2018; Ramme 2020). Mit Hilfe der Figur der ‚Gefährdung des Kindes', der Bedrohung durch ‚Pädophilie' und sogenannte ‚Frühsexualisierung', versuchen Gruppierungen des radikal rechten Spektrums einen Anschluss zur ‚Mitte der Gesellschaft' zu finden (Kämpf 2015).

Komplexe Konfliktdynamiken: Von Rosa Registern bis zur Anti-LGBT-Kampagne

Im Kampf um eine politische und kulturelle Hegemonie sind LGBTQ*-Phobien und Antifeminismus Grundbausteine eines national-katholischen Weltbildes, dienen gleichzeitig aber auch der Ablenkung von Problemen, die dem Machterhalt des national-katholischen Lagers schaden könnten, wie u.a. die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche. Die Anti-LGBT-Deklarationen vieler Regionalregierungen sind als wichtiger Etappensieg in einem komplexen Konfliktverlauf zu betrachten, der von Ereignissen beeinflusst wird, die bis in die 1980er-Jahre zurück reichen. Dabei sind viele alte Konfliktlinien und Muster zu beobachten, welche die politische Landschaft in Polen schon seit Jahrzehnten prägen.
Obwohl es in der Volksrepublik Polen kein offizielles Verbot von Homosexualität gab, wurden durch den autoritären Staat homophobe Repressionen durchgeführt und Daten über sexuelle Präferenzen und das Intimleben von Bürger_innen u.a. in ‚Rosa Registern'[3] festgehalten (Szulc 2018). Das Denken und die Vorlieben einfacher Bürger_innen, aber auch von Geistlichen und Oppositionellen waren für den Staatsapparat von großem Interesse. Solches Wissen ermöglichte es, Oppositionelle zu diffamieren, und wurde andererseits als Druckmittel genutzt, um einflussreiche Personen (z.B. Geistliche) zu kontrollieren oder als Informant_innen zu gewinnen (Mechtenberg 2019).

Lech Wałęsa äußerte sich immer wieder zweideutig über Jarosław Kaczyński, beispielsweise als er während seiner Präsidentschaft öffentlich eine Einladung in seinen Präsidentschaftssitz für Kaczyński „zusammen mit Ehemann" aussprach, wofür er sich später entschuldigte (Dziennik 2009). Mit Ehemann war der damalige Vertraute Kaczyńskis, der konservative Journalist Paweł Rabiej, gemeint, der unfreiwillig als homosexuell geoutet wurde und dem ein Verhältnis mit Kaczyński nachgesagt wurde. Sowohl Lech Kaczyński (später Bürgermeister von Warschau und dann Präsident Polens) wie auch sein Bruder Jarosław traten jahrelang als vehemente Gegner von LGBTQ*-Rechten in Erscheinung. Lech Kaczyński wurde international bekannt, als er in den Jahren 2004 und 2005 in seiner Rolle als Bürgermeister Warschaus versuchte, die LGBTQ*-Parade in der polnischen Hauptstadt zu verbieten. Auch im Präsidentschaftswahlkampf von 2005 und den Regionalwahlkämpfen von 2006 war eine homophobe Politik der Angst ein Leitmotiv der Wahlkampagnen der PiS.

Ebenso spielt die mit PiS verbündete Katholische Kirche eine zentrale Rolle in der Verbreitung homophober Hetze. Hochrangige Kirchenvertreter, die für die Vertuschung des Kindesmissbrauchs und systematischen Täterschutz in der Katholischen Kirche verantwortlich gemacht werden (Wójcik 2019), und die zudem bekannte Gegner reproduktiver Rechten für Frauen* und von Rechten von LGBTQ*-Personen sind, gehören zu der Gruppe Geistlicher, die im Verlauf der ‚Anti-Gender-Ideologie'-Kampagne und der späteren ‚Anti-LGBT-Ideologie'-Kampagne prominent in den Vordergrund traten.

Nachdem im März 2019 die Polnische Bischofskonferenz einen Missbrauchsreport veröffentlichte (Żak/Krakowczyk/Sadłoń 2019), der den Eindruck vermitteln sollte, die Kirche gehe angemessen gegen solche Fälle vor, erschütterte im Mai 2019 kurz vor den EU-Wahlen ein mit Crowdfunding finanzierter YouTube-Film die Öffentlichkeit: In ‚Sag es aber Niemandem' (Tylko Nie Mów Nikomu) wurde das Aufeinandertreffen von pädophilen Tätern und ihren Opfern mit versteckter Kamera gefilmt und etliche dem national-katholischen und konservativen Lager der Solidarność nahe stehende Geistliche des Kindesmissbrauchs überführt (Mechtenberg 2019). Dass einige der prominenten pädophilen Priester zeitgleich Informanten des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes waren (Siekielski 2019: 1:07), stellt ein zusätzliches Problem für die Partei PiS dar, da diese sich zusammen mit der Katholischen Kirche als Wegbereiter einer moralischen Erneuerung und unbefleckten Opposition zum Staatssozialismus darstellt.

Einige Geistliche zogen sich nach den Enthüllungen aus dem öffentlichen Leben zurück, andere jedoch, wie die Bischöfe Stanisław Gądecki, Marek Jędraszewski oder Kazimierz Nycz, die der systematischen Vertuschung der Taten verdächtigt werden, haben ihre Anti-Gender- und Anti-LGBT-Offensive noch verstärkt. Wie zuvor bei der ‚Anti-Gender-Ideologie'-Kampagne warnten Bischöfe auch im Rahmen der ‚Anti-LGBT-Ideologie'-Kampagne vor der Einführung von Sexualkundeunterricht und sprachen von der Bedrohung der Familie, des Christentums und der Nation. An der öffentlichen Stellungnahme des Vizepräsidenten des Rats der Europäischen

Bischofskonferenz und Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz Gądecki (2019) gegen die Warschauer LGBT+Charta wird ersichtlich, wie in der Anti-LGBT-Kampagne zusätzlich die Angst vor einer vermeintlichen Einführung der Homo-Ehe und Adoptionsrechten von gleichgeschlechtlichen Paaren geschürt wird. Als direkte Ursache für die Stellungnahme wird die vermehrte Kritik an Geistlichen, der Kirche sowie eine ‚Offensive von LGBT' inklusive zahlreicher LGBT+Märsche genannt (ebd.). Auch Nycz verurteilte 2019 in einem gemeinsamen Schreiben der Warschauer Bischöfe die vom Warschauer Bürgermeister unterschriebene LGBT+Charta, da diese eine ‚Institutionalisierung von LGBT-Einstellungen' zum Ziel hätte (Nycz/Kamiński 2019).

Auch wenn ein Teil des rechten politischen Spektrums die Haltung der Kirche kritisch betrachtet, wird für die Thematisierung des klerikalen Missbrauchs eine vermeintliche ‚Velvet Mafia' verantwortlich gemacht, die auch für eine organisierte Zersetzung der Kirche durch homosexuelle Männer zuständig sein soll. Somit kommt es auch in kirchenkritischen Diskursen zu einer Gleichsetzung von Homosexualität mit Pädophilie.

Zusammengefasst hat die kontinuierliche Desinformation durch Regierung, öffentliche und private rechte Medien sowie NGOs wie Ordo Iuris und der Kirche die u.a. durch die Missbrauchsskandale hervorgerufene gesellschaftliche Verunsicherung effektiv und erfolgreich in eine LGBTQ*-Phobie umgeleitet.

Im Juli 2020 erreichte die Anti-LGBT-Kampagne im Präsidentschaftswahlkampf ihren Höhepunkt. Hier wurde die auf gezielter Desinformationen beruhende Hetze gegen LGBT zum Hauptthema der Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten Duda. Leitnarrativ war auch hier wieder die vermeintliche Gefährdung polnischer Kinder, Bürger, Familie und Nation durch eine ‚LGBT-Ideologie'. Die Frage, ob gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen, wurde in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl durch das rechte Lager zum größten Unterscheidungsmerkmal zwischen Duda und seinem Gegenkandidaten Rafał Trzaskowski gemacht: „Der Präsident verteidigt polnische Familien", „Trzaskowski will die Adoption von Kindern durch Homosexuelle", lauteten z.B. die Überschriften im Nachrichtenprogramm des öffentlichen Senders TVP-Info am 6. Juli 2020. Der ehemalige Vertraute Kaczyńskis, Rabiej, jetzt Vizebürgermeister Warschaus, hatte sich in einem Interview geäussert, dass er sich privat die ‚konservative' Ehe wünschen würde (Rabiej lebt mittlerweile offen schwul), es aber für die Einführung der Homoehe in Polen noch zu früh sei (Rabiej 2019). Die ‚Aufdeckung' eines vermeintlichen ‚Rabiej-Plans', der das eigentliche Programm Trzaskowskis ausmachen sollte, wurde zum Höhepunkt in der Wahlkampagne des von PiS unterstützen Kandidaten. Das Ziel Trzaskowskis sei es, erst die Richtlinien der Warschauer LGBT+Charta auf das ganze Land zu übertragen und dann ‚Homoehen' und eine ‚Homoadoption' einzuführen. Sowohl Trzaskowski als auch seine Bürgerkoalition widersprachen öffentlich.[4] Am 7. Juli 2020 unterschrieb Duda den Entwurf zu einer Verfassungsänderung, der die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare untersagen soll. Im nächs-

ten Schritt muss das Parlament über diesen Entwurf entscheiden. Mitte Juli gewann Duda die Wahl knapp mit 51% der Stimmen.

LGBTQ*-Feindlichkeit – Politisches Kalkül oder Fundament einer nationalkatholischen Republik?

Das Aufkommen der LGBTQ*-feindlichen Beschlüsse ist das Ergebnis eines längeren Prozesses von Aktionen, Reaktionen und Gegenreaktionen, in dem sich verschiedene Akteursgruppen schon seit Jahrzehnten konfrontativ gegenüberstehen. Um die politischen Hintergründe, Kontexte und Dynamiken zu verstehen, die letztlich zu einer Institutionalisierung der LGBTQ*-Phobie auf lokaler Ebene geführt hat, sind viele ineinandergreifende Faktoren zu berücksichtigen. Dazu gehören unter anderem die Erstarkung und Sichtbarkeit von LGBTQ*-Bewegungen und ein zunehmender gesellschaftlicher, kultureller und teils auch politischer Wandel hinsichtlich sexueller Diversität. Dies wird sichtbar u.a. an der Vielzahl von lokalen LGBTQ*-Märschen, die trotz verschiedener Versuche, sie zu verbieten, im Jahr 2019 eine Rekordteilnehmer_innenzahl erreichten. Dazu gehören auch kontinuierliche Versuche, LGBTQ*-Rechte zu institutionalisieren sowie erste lokalpolitische Erfolge (u.a. städtische LGBT+Chartas).
Es ist auffällig, dass die Anti-LGBT-Kampagnen zeitlich mit den 2018 und 2019 angeprangerten klerikalen Missbrauchsfällen, der Erstarkung einer breiteren kirchenkritischen Bewegung und dem drohenden Autoritätsverlust der Katholischen Kirche zusammenfallen. Letzteres ist insofern problematisch für das regierende Lager, als es sich nicht nur über eine vermeintlich erhabene katholische Moral legitimiert, sondern seine politische Macht auch auf einem Bündnis mit der Kirche aufbaut. Die Strategie der diskursiven Gleichsetzung von Pädophilie und Homosexualität sowie nicht-heterosexuellen Lebensweisen und Präferenzen hat sich für das rechte politische Lager und die Kirche als sehr erfolgreich erwiesen: Sie ermöglichte es, gesellschaftliche Ängste zu kanalisieren und die rechtlichen Rahmenbedingungen auf eine Weise zu konstruieren, dass sie Gruppen wie LGBTQ* nicht nur benachteiligen, sondern sich eventuell auch gegen sie richten können. Mittlerweile gibt es eine große Zahl Klagen, mit denen (meist mit juristischer Beteiligung von Ordo Iuris) LGBTQ*- und auch Frauenrechtsaktivist_innen konfrontiert werden.[5] Das ist ein Indiz dafür, wie sich die Lage nach dem Sieg von Duda in den Präsidentschaftswahlen von Juli 2020 schlimmstenfalls weiter entwickeln kann. Duda selbst erklärte 2018, dass er ‚Gender- und Homopropaganda'-Verbote befürworte und eine entsprechende Gesetzesinitiative unterschreiben würde (Ambroziak 2018).
Auch wenn die PiS und verbündete Akteur_innen die europäische Flüchtlingskrise oder LGBTQ*-freundliche Politiken, wie die Warschauer LGBT+Charta, politisch nutzen, um ihre Wählerschaften zu mobilisieren und ihre Macht abzusichern, handelt es sich hierbei nicht einfach nur um eine opportunistische Strategie, in der imaginierte Feinde der Nation beliebig austauschbar sind. Unabhängig davon, ob die

politischen Akteure neoliberal (z.B. Nationale Bewegung, Konfederacja) oder eher national-sozial (PiS) ausgerichtet sind, gibt es in dem rechtsnationalen politischen Lager eine weitreichende ideologische Einigkeit bezüglich der Organisation der Gesellschaft und des Staates gemäß eines heteronormativen, familistischen und katholischen Nationalismus. Die Anti-LGBT- und Familienrechtscharta-Beschlüsse sind eine bedeutende Etappe auf dem Weg zur Umsetzung eines solchen Staats- und Gesellschaftsmodells. Zugleich ist in Polen die Opposition gegen den Staatsumbau und die LGBTQ*-feindlichen Politiken immens, und auch das EU-Parlament nahm Stellung, indem es am 18. Dezember 2019 eine Resolution gegen ‚LGBT-freie Zonen' verabschiedete (Europäisches Parlament 2019). Im August 2020 entschied die EU-Kommission, Anträge auf Finanzierung von Städtepartnerschaftsprojekten mit Beteiligung von Städten, die Anti-LGBT-Beschlüsse gefasst hatten, mit Verweis auf die LGBTI-Diskriminierung und die Verletzung des Gleichheitsgebots abzulehnen (Bielecki 2020). Die EU mit ihrem rechtlichen und normativen Referenzrahmen wird die Entwicklungen bezüglich einer (Nicht-)Institutionalisierung einer LGBTQ*-Phobie maßgeblich mitbeeinflussen, wenn ihre Maßnahmen über Symbolpolitik hinausgehen.

Anmerkungen

1 Die in dem Beitrag beschriebenen Akteur_innen benutzen unterschiedliche Abkürzungen. LGBTQ* steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Queer und Weitere und entspricht am ehesten dem breitem Selbstverständnis der Bewegung im polnischem Kontext. Das rechte Lager benutzt überwiegend die Abkürzung LGBT, die EU hingegen LGBTI, da sie auch Intersexual mitbenennt.

2 Die hier genannten Formulierungen stammen aus Reden verschiedener Akteure. Diese sind als Videoaufzeichnungen auf YouTube oder auf Webseiten der Lokalregierungen zu finden. Eine Video-Zusammenstellung wurde von Jędrzej Malko (2020) veröffentlicht.

3 Der umgangssprachliche Begriff bezieht sich u.a. auf die im Rahmen der zwischen 1985 und 1987 durchgeführten Hiacynt Aktionen (Razzien, Vernehmungen, Erstellung von ‚Homosexuellen´-Karteien), in denen Daten von circa 11.000 Menschen erfasst wurden. Die Daten wurden nach 1989 teilweise vernichtet, teilweise polizeidienstlich weiter genutzt (Szulc 2018).

4 Auf Basis von Notizen der Autorin von der Berichterstattung und Live-Übertragungen durch TVP Info am 6.7.2020.

5 Beispielsweise hat Ordo Iuris inzwischen LGBTQ*-Aktivist_innen, die auf der Webseite Atlas Nienawiści die Daten zu ‚LGBT-freien Zonen' inklusive lokaler Familienrechts-Charta-Beschlüsse zusammenstellen, wegen Verleumdung verklagt.

Literatur

Ambroziak, Anton, 2018: Kierunek Putin. Duda: „Podszedłbym poważnie do ustawy zakazującej homoseksualnej propagandy". OKO.press. Internet: https://oko.press/kierunek-moskwa-duda-podszedlbym-powaznie-do-ustawy-zakazujacej-homoseksualnej-propagandy/ (10.6.2020).

Bielecki, Tomasz, 2020: Polacy tracą fundusze za walkę z LGBT. Internet: https://p.dw.com/p/3g54P (3.8.2020).

Dziennik Zachodni, 2019: Jarosław Kaczyński: Wara od naszych dzieci! Prezes PiS kategorycznie przeciw seksualizacji dzieci i adopcji przez homoseksualistów. Internet: https://dziennikzachodni.pl/jaroslaw-kaczynski-wara-od-naszych-dzieci-prezes-pis-kategorycznie-przeciw-seksualizacji-dzieci-i-adopcji-przez-homoseksualistow/ar/13971320 (12.5.2020).

Dziennik, 2009: Wałęsa przeprasza za „męża Kaczyńskiego". Internet: https://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/103001,walesa-przeprasza-za-meza-kaczynskiego.html (6.8.2020).

Europäisches Parlament, 2019: 2019/2933(RSP). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Dezember 2019 zur öffentlichen Diskriminierung von und Hetze gegen LGBTI-Personen sowie zu LGBTI-freien Zonen. Straßburg. Internet: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0101_DE.html (6.8.2020).

Gądecki, Stanisław, 2019: Oświadczenie abp. Stanisława Gądeckiego, Przewodniczącego Konferencji Episkopatu Polski ws. LGBT+. Warschau. Internet: https://episkopat.pl/przewodniczacy-episkopatu-o-lgbt-szacunek-do-osob-nie-moze-prowadzic-do-akceptacji-ideologii-2/ (5.8.2020).

Gwiazda, Urszula, 2020: Andrzej Duda o LGBT: Próbuje się nam wmówić, że to ludzie, a to jest po prostu ideologia. Internet: https://www.rmf24.pl/raporty/raport-wybory-prezydenckie2020/najnowsze-fakty/news-andrzej-duda-o-lgbt-probuje-sie-nam-wmowic-ze-to-ludzie-a-to,nId,4551951 (20.6.2020).

Kämpf, Katrin M., 2015: Eine „Büchse der Pandora"? Die Anrufung der Kategorie Pädophilie in aktuellen antifeministischen und antiqueeren Krisen-Diskursen. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 109-128.

Keinz, Anika, 2008: Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989. Bielefeld.

Korolczuk, Elżbieta/**Graff**, Agnieszka, 2018: Gender as "Ebola from Brussels": The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society. 43 (4), 797-821.

Malko, Jędrzej, 2020: Tu nie chodzi o ludzi. Tu nie chodzi o ludzi YouTube. Internet: https://youtu.be/D9SwBihJVzY (3.7.2020).

Mechtenberg, Theo, 2019: Analyse: Polens katholische Kirche im Krisenzustand. Internet: https://www.bpb.de/internationales/europa/polen/292771/analyse-polens-katholische-kirche-im-krisenzustand (10.6.2020).

Miłość Nie Wyklucza: Warszawska Deklaracja LGBT+. Internet: https://mnw.org.pl/warszawska-deklaracja-lgbt/ (15.5.2020).

Nycz, Kazimierz/**Kamiński**, Romuald, 2019: Stanowisko biskupów warszawskich w sprawie tzw. „Deklaracji LGBT+". Warschau. Internet: https://archidiecezja.warszawa.pl/aktualnosci/stanowisko-biskupow-warszawskich-w-sprawie-tzw-deklaracji-lgbt-2-3/ (1.7.2020).

Ordo Iuris, 2019: Samorządowa Karta Praw Rodzin. Internet: https://www.ordoiuris.pl/rodzina-i-malzenstwo/samorzadowa-karta-praw-rodzin (15.5.2020).

Pająk, Paulina/**Gawron**, Kuba, 2020: Atlas Nienawiści. Uchwały anty-LGBT i inne dyskryminujące akty prawne. Internet: https://atlasnienawisci.pl/ (12.7.2020).

Portal Samorządowy, 2019: SW Lublinie przedstawiono założenia Samorządowej karty praw rodzin. Internet: https://www.portalsamorzadowy.pl/komunikacja-spoleczna/w-lublinie-przedstawiono-zalozenia-samorzadowej-karty-praw-rodzin,125095.html (16.5.2020).

Rabiej, Paweł, 2019: Najpierw wprowadźmy związki partnerskie, a na koniec adopcję dzieci. Interview von Mazurek, Robert. Dziennik Gazeta Prawna, 14.3.2019.

Ramme, Jennifer, 2020: „O Mutter Polin, warne deinen Knaben! ". Zusammenhänge von Nation und Geschlecht am Beispiel rechter Sexualpolitik in Polen. In: Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hg.): Autoritärer Populismus. Münster, 108-123.

Siekielski, Tomasz, 2019: Bracia Siekielscy o filmie Tylko Nie Mów Nikomu. Internet: https://www.facebook.com/watch/live/?v=350117622308486&ref=external (10.8.2020).

Szulc, Lukasz, 2018: Transnational Homosexuals in Communist Poland. Cross-Border Flows in Gay and Lesbian Magazines Cham.

Wójcik, Marcin, 2019: Biskupi, którzy kryli księży pedofilów. Internet: https://wyborcza.pl/duzyformat/7,127290,24884600,biskupi-ktorzy-kryli-ksiezy-pedofilow-raport.html (20.5.2020).

Żak, Adam/**Krakowczyk**, Przemysław/**Sadłoń**, Wojciech, 2019: Wykorzystywanie seksualne osób małoletnich przez niektórych inkardynowanych do diecezji polskich duchownych oraz niektórych profesów wieczystych męskich zgromadzeń zakonnych i stowarzyszeń życia apostolskiego w Polsce – Wyniki Kwerendy – Warszawa 2019 r. Warschau. Internet: https://drive.google.com/file/d/1G2u2E1Ito9lNkuqBBO88FOZZKqaRkaf1/view (10.8.2020).

Zur Universalisierung von Abhängigkeit in einem feministischen Subjektbegriff

CARINA MAIER

Eine theoretische Beschäftigung mit dem Begriff Subjekt und damit einhergehend mit Handlungsfähigkeit und Autonomie, verlor in der feministischen Theorieproduktion mit der sogenannten ‚Subjektkritik' (Butler 1990; Jähnert et al. 2013) zunehmend an Bedeutung (Knapp 2012). Mit dieser Kritik wurde die historische und soziale Bedingtheit von Handlungsfähigkeit aufgezeigt, gleichzeitig universalisierende, aufklärerische Vorstellungen, die mit dem Subjektbegriff verbunden waren, und damit generell die „Existenz eines abgegrenzten, einheitlichen Subjekts in Frage" gestellt (Flax 1992, 74). Allerdings gewinnt die Debatte um das „politische Subjekt Frau" (Linkerhand 2018) als theoretisches Konzept aktuell wieder an Bedeutung – nicht zuletzt aufgrund großer politischer Bewegungen wie „NiUnaMenos"[1] oder den feministischen Streiks, die explizit geschlechtsspezifische Gewalt und Ungleichheiten auf einer intersektionalen und strukturellen Ebene kritisieren (Gago et al. 2018). So begreifen sich beispielsweise in feministischen Streiks Frauen*, Queers, Inter- und Trans-Personen als politische Subjekte, als Handelnde, die sich gegen bestimmte Formen von Unterdrückung und die Abwertung von Sorge ermächtigen. Sie adressieren und verkörpern damit in den Protesten die Frage nach einem politischen feministischen Subjektbegriff.

Gleichzeitig verdeutlicht die (unmögliche) Forderung, jegliche Arbeit von Frauen* – auch Sorgearbeit – niederzulegen, die Komplexität und Notwendigkeit der Reflexion theoretischer Begriffe. Aus der Analyseperspektive von Sorge und Reproduktion ist, anders als in klassischen Lohnarbeitsstreiks, die bloße Verweigerung von Arbeit kein ausreichendes politisches Kampfmittel. Viel eher wird daran anknüpfend versucht, grundlegend anders über die Organisation von gesellschaftlicher, glo-